

Pressemitteilung
Kiel, 03.09.2007

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Kreisgebietsreform: Ein Spiel für schwarze, rote und grüne Sandkastenstrategen

*Zu den heute veröffentlichten Gutachten der Landesregierung zu einer möglichen Kreisgebietsreform in Schleswig-Holstein erklärt die Vorsitzende des SSW im Landtag, **Anke Spoorendonk**:*

"Wenn es nur um das Geld ginge, wäre ein einziger Kreis Schleswig-Holstein die billigste Lösung. Bei einer Kreisreform geht es aber auch um demokratische Mitsprache und um einen guten, dezentralen Service für Bürger und Unternehmen. Deshalb muss ein Kompromiss zwischen den verschiedenen Belangen gefunden werden.

Das bisher von Innenminister Stegner geplante Modell mit vier Mega-Kreisen in Schleswig-Holstein sollte jetzt endlich vom Tisch genommen werden, denn es hat mit bürgernaher Demokratie und bürgernaher Verwaltung nichts zu tun und ist unrealistisch. Dies wird durch mehrere der Gutachten bestätigt. Realistische und pragmatische Lösungen, wie die von Prof. Hesse vorgeschlagene längerfristige Fusion zweier Kreise und die Einbindung der kreisfreien Städte Flensburg und Neumünster, haben aber durchaus eine Chance verdient.

Vieles wird davon abhängen, wie die Landesregierung solche Veränderungen kommuniziert. Wenn Innenminister Stegner weiterhin nach Gutsherrenart die Kreisgrenzen neu zieht, ohne Bevölkerung, Kommunalpolitiker und Verwaltungen mitzunehmen, ist ein solches Vorhaben zum Scheitern

verurteilt. Eine Kreisreform kann und darf nur mit Zustimmung der Kreise durchgeführt werden.

Letztlich wird eine Kreisreform allein aber nicht die Probleme der kommunalen Ebene lösen können. Solange wir in Schleswig-Holstein über 1100 Gemeinden haben, bringen uns ein paar Kreise weniger auch nicht entscheidend voran, denn eine Struktur mit riesigen Kreisen und winzigen Kommunen hängt schlichtweg nicht zusammen.

Eine solide Reform der kommunalen Ebene wird es erst geben können, wenn die vielen Kleinstgemeinden sich zusammenschließen und endlich geklärt wird, welche Aufgaben die Gemeinden, die Kreise und das Land zukünftig für die Bürger wahrnehmen sollen. So lange die Landesregierung keine konkreten Vorschläge zur künftigen Aufgabenverteilung machen kann, bleibt die Gebietsreform ein Spiel für schwarze, rote und grüne Sandkastenstrategen.□